

GESE 61 - TB 19
POLI 92 - TB 18

»Politik verwandelt Menschen in Roboter«

GROSSBRITANNIEN In vielen Demokratien seien Abgeordnete frustriert und hielten sich selbst für unnützlich, sagt der britische Ex-Minister und langjährige Tory-Politiker Rory Stewart.

Kürzlich hat er wieder ein Buch geschrieben. Es heißt »Politics On The Edge« (Politik am Abgrund) und enthält seine »politischen Memoiren«. Das klingt nach Abschied, aber da sollte man sich nicht täuschen. Stewart ist immer eher ein Mann für Anfänge gewesen. Er war Tutor der Prinzen William und Harry, Soldat, Schriftsteller und Diplomat. Er hat Afghanistan und andere Teile Asiens allein durchwandert, angeblich spricht er elf Sprachen. Wieder daheim in Großbritannien, ging der Schotte 2010 ins Parlament, brachte es zum Minister und zum Kandidaten für den Parteivorsitz der Konservativen – bevor er 2019, angewidert von Boris Johnson, die Politik verließ. Heute lehrt der 51-Jährige in Yale. Gemeinsam mit dem Ex-Labourmann Alastair Campbell rief er zudem den Podcast »The Rest Is Politics« ins Leben, der so erfolgreich ist, dass die beiden inzwischen live in großen Konzerthallen auftreten.

SPIEGEL: Mr Stewart, würden Sie jungen Leuten raten, in die Politik zu gehen?

Stewart: Nicht in die Art Politik, in der ich mich aufgehoben habe. Die ist erniedrigend, frustrierend und wunderbar, nicht nur in Großbritannien. Auch Kollegen in anderen Demokratien halten die aktuelle Politik für verrückt und sich selbst im Prinzip für unnützlich.

SPIEGEL: Wieso verrückt?

Stewart: Eine US-Kollegin hat mir erzählt, dass sie im Schnitt fünf Stunden am Tag damit verbringt, um Spenden zu werben. Ein US-Kongressabgeordneter, der Donald Trump extrem kritisch sieht, verwendet einen Großteil seiner Zeit darauf, diesen zu verteidigen, weil er glaubt, 85 Prozent seiner Wähler stünden hinter Trump. Eine niederländische Abgeordnete nannte ihre Zeit im Parlament Verschwendung, da der Koalitionsvertrag auf Jahre hinaus die politische Linie bis ins Kleinste festlege. Es sei daher sinnlos, zu Debatten ins Plenum zu kommen.

SPIEGEL: Erklärt das, warum immer mehr Menschen der Demokratie den Rücken kehren und die Sehnsucht nach einer Führerfigur laut Umfragen zunimmt?

Stewart: Viele haben das Gefühl, dass sich nichts verbessert, und das ist ein Riesepro-

blem für eine Demokratie. Noch vor 15 Jahren konnte eine Mehrheit der Menschen davon ausgehen, dass es ihr Nachwuchs mal besser haben würde. Jetzt nicht mehr. Das aus dem 19. Jahrhundert stammende Modell parlamentarischer Repräsentation ist denkbar schlecht geeignet für die schnelllebige Moderne.

SPIEGEL: Wie sieht Ihre Alternative aus?

Stewart: Eine gute Regierung würde mit anderen Parteien kooperieren, um die komplexesten Probleme anzugehen. Bei uns in Großbritannien könnte die Regierung einen parteiübergreifenden königlichen Ausschuss einsetzen, der das kranke Gesundheitssystem oder die marode Infrastruktur verbessert. Und alle beteiligten Parteien müssten sich auf einen Zehn- bis Fünfzehnjahresplan einigen.

SPIEGEL: Stattdessen tobt in Ihrer Heimat seit Jahren der politische Kleinkrieg. Glauben Sie, die Labourpartei kann etwas ausrichten, sollte sie die Wahlen in diesem Jahr gewinnen?

Stewart: Die Erwartungen an Labour sind mikroskopisch klein. Der NHS, unser nationaler Gesundheitsdienst, ist am Boden. Das Bildungssystem funktioniert nicht. Niemand glaubt, dass Labour viel mehr Schulden wird machen können. Die Leute wollen die Konservativen loswerden, weil sie ein hoffnungsloser Fall sind. Aber Optimismus sehe ich nirgends.

SPIEGEL: Die konservative Tory-Partei, für die Sie mehrere Regierungsposten bekleidet



Flüchtende auf dem Ärmelkanal

haben, galt mal als nahezu unbezwingbar. War es der Brexit, der sie zerstört hat?

Stewart: Die Zerstörung kam in drei Wellen. Boris Johnson hat der Partei die moralische Legitimation geraubt. Seine Nachfolgerin Liz Truss hat die wirtschaftliche Glaubwürdigkeit zertrümmert. Und zuletzt wich die Vernunft immer öfter plattem Populismus.

SPIEGEL: Ist der aktuelle Regierungschef Rishi Sunak ein Populist, etwa wenn er Abschiebeflüge nach Ruanda als Allheilmittel gegen Migration anpreist?

Stewart: Das ist immer noch weit weg von der AfD, Sunak ist kein besonders guter Populist. Er und sein Team bedienen sich zwar einer populistischen Sprache, aber ohne Überzeugung oder Enthusiasmus. Was sie stattdessen sein wollen, wissen sie allerdings auch nicht mehr.

SPIEGEL: Wie verführbar sind die britischen Wähler?

Stewart: Ich glaube, die meisten stehen fest in der Mitte, deshalb hat Labour-Chef Keir Starmer seine Partei dorthin gerückt. Und wenn er keinen irrsinnigen Fehler mehr macht, wird er mit großem Abstand gewinnen. Aber was danach kommt, sehe ich mit Sorge.

SPIEGEL: Warum?

Stewart: Die fundamentalen Probleme des Landes erfordern Kühnheit. Die nächste Regierung wird eine kluge wirtschaftliche Strategie brauchen und das Land dafür wieder in die Zollunion der EU führen müssen. Und sie muss die Möglichkeiten künstlicher Intelligenz, etwa im Gesundheitssystem, voll nutzen. Wird Labour das tun? Natürlich nicht. Die Partei ist weder radikal noch mutig genug.

SPIEGEL: Was, wenn Labour es auch nicht hinbekommt?

Stewart: Falls Labour scheitert, und sie werden scheitern, werden die Konservativen noch weiter nach rechts rücken, und dann wird es auch bei uns richtig übel populistisch werden. Wir haben uns bis heute nicht von der Finanzkrise 2008 erholt, die allermeisten Einkommen stagnieren, die Ungleichheit ist eine schwärende Wunde. Und wenn die Leute am Ende der nächsten Legislaturperiode noch ärmer sein sollten, dann werden wir Trump-artige Zustände erleben, wie sie jetzt schon an vielen Orten Europas zu nehmen.

SPIEGEL: Populisten punkten zunehmend mit Nationalismus, Protektionismus und Stimmungsmache gegen Ausländer. Was kann man dem entgegenzusetzen?

Stewart: Nicht nur Populisten sprechen über das Thema Migration. Jedes Land braucht darauf eine Antwort. Ich halte es für einen schweren Fehler progressiver Liberaler, sich dem Thema nicht ernsthaft zu stellen. Wir müssen als Europäer sagen, dass wir unkontrollierte Zuwanderung nicht zulassen. Wir sollten denen helfen, die in größter Gefahr sind, etwa Richterinnen aus Afghanistan. Und wir sollten uns nicht davor drücken, eine Obergrenze festzulegen.



Daniel Hambury / Evening Standard / eyevine / laif

Autor Stewart: »Das System ist krank«

SPIEGEL: Nämlich?

Stewart: Meines Erachtens sollten sich alle europäischen Länder, die USA und Kanada verpflichten, pro Jahr so viele Asylbewerber aufzunehmen, dass es 0,05 Prozent der jeweiligen Einwohnerzahl entspricht. Zugleich sollten die Europäer klarmachen, dass sie Fluchtrouten übers Mittelmeer nicht länger akzeptieren.

SPIEGEL: Wie kann man eine Obergrenze festlegen, wenn nicht klar ist, wie viele tatsächlich Gefährdete auf dem Weg sind?

Stewart: Wir belügen uns doch jetzt schon. Im Sudan sind derzeit Millionen Menschen vertrieben worden, Zehntausende wurden getötet. Jeder Einzelne von ihnen hätte ein Recht auf Asyl gehabt. Genauso wie praktisch alle Menschen aus Myanmar, alle Uiguren aus China und alle Einwohner aus dem Osten Kongos.

SPIEGEL: Wie ließe sich ein Kontingent mit unseren moralischen Werten vereinbaren?

Stewart: Unser System ist vollkommen ungerecht. Die meisten, die zu uns kommen, werden von Schleusern gebracht, die dafür bezahlt wurden. Das sind überwiegend Menschen, die aus der Mittelschicht ihrer Herkunftstaaten stammen. Überdurchschnittlich viele sind junge Männer. Das alles bildet nicht annähernd ab, wo auf der Welt am meisten Leid herrscht. Doch ich kann mir nicht vorstellen, dass Europa 300 Millionen Menschen aufnehmen will.

SPIEGEL: Großbritannien kann nicht mal Flüchtlinge aus Frankreich davon abhalten, in Schlauchbooten den Ärmelkanal zu überqueren. Wie wollen Sie die Tür schließen?

Stewart: Das ist irre, Frankreich ist ein sicheres Land. Ich habe kein Problem mit einer

Rückführung dieser Menschen nach Frankreich.

SPIEGEL: Frankreich hat ein Problem mit der Rückführung nach Frankreich.

Stewart: Ich würde den Franzosen anbieten, sagen wir 30.000 oder 40.000 tatsächliche Asylbewerber aufzunehmen, wenn sie dafür die Schlauchboote stoppen. Wenn man die Last gerecht auf alle Länder verteilte, könnte Europa jedes Jahr Hunderttausende Menschen aufnehmen.

SPIEGEL: Und gegen alle anderen bauen wir einen Schutzwall?

Stewart: Es stimmt einfach nicht, dass man die Grenzen nicht schließen kann. Die Türken können es. Es ist nur extrem unangenehm. Andererseits wird man der europäischen Öffentlichkeit keine offenen Grenzen verkaufen können.

SPIEGEL: All das würde länder- und parteiübergreifende Kooperation erfordern und Politiker, die nicht nur auf kurzfristige Wahlerfolge schielen. Was zurück zur Frage führt: Wo sind diese Politiker?

Stewart: Das ist in der Tat ein großes Problem. Wenn Alastair Campbell und ich heute bei öffentlichen Auftritten fragen, wer Abgeordneter werden will, gehen praktisch nie Hände hoch.

SPIEGEL: Dabei gibt es ja ein gewaltiges Interesse an Politik. Ihr Podcast »The Rest Is Politics« beweist es.

Stewart: Der Podcast sagt zunächst mal viel über den Zustand britischer Medien aus. Die sind besessen von der Frage, wer aufsteigt und wer abstürzt. Das ist wie ein Spiel. Liz Truss ist das beste Beispiel. Diese Frau war offensichtlich ungeeignet für ein Regierungsamt. Aber weil sie Journalisten umschmeichelt und ihnen die ein oder andere Indiskretion gesteckt hat, tat man so, als wäre sie ernst zu nehmen.

SPIEGEL: Vielleicht ist Ihr Podcast auch deshalb erfolgreich, weil da zwei Politiker aus unterschiedlichen Lagern miteinander reden und einander zuhören. Das gibt's nicht mehr so oft.

Stewart: Politiker sind in eine wirklich bizarre Welt gezwungen worden. Wir haben kürzlich den Tory-Politiker Sajid Javid interviewt, der in fünf Ministerien Regierungsverantwortung trug, aber zur nächsten Wahl nicht mehr antreten wird. Plötzlich war da dieser kluge, reddegewandte, charmante Kerl. Den hatte ich vorher nie gesehen, weil er wie viele andere durch die Politik in einen merkwürdigen Roboter verwandelt worden war, der nicht mehr ehrlich für seine Überzeugungen eintreten kann. Das System ist krank.

SPIEGEL: Also wird man Sie dort nicht mehr antreffen?

Stewart: Mein Traum wäre es, eine Kommission zu leiten, die frei von Parteizwängen das Gesundheitssystem repariert oder Großbritannien wieder näher an die EU heranführt. Aber ich glaube nicht, dass mich das in absehbarer Zeit jemand tun lassen wird.

Interview: Jörg Schindler